

18. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer EntschlieÙung
der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Internationaler Frauentag: Macht, Arbeit, Einkommen – für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen am politischen und gesellschaftlichen Leben

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus bekennt sich zur konsistenten und zukunftsweisenden Frauen- und Gleichstellungspolitik, damit Macht, Arbeit und Einkommen tatsächlich gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden.

In den 100 Jahren seit der Einführung des Frauenwahlrechts hat die Frauenbewegung viel erreicht, und jeder Fortschritt in der Emanzipation von Frauen ist ein großer Gewinn für die Demokratie. Heute und künftig gilt es, die Errungenschaften zu verteidigen und das Tempo bei der Umsetzung frauenpolitischer Forderungen zu erhöhen, damit die gleichberechtigte Teilhabe für alle gleichermaßen, in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen gelebte Realität werden kann.

Das gilt:

- für die paritätische Beteiligung von Frauen an der politischen Willensbildung in Parlamenten, Ämtern und Gremien, weshalb wir derzeit die Einführung eines Parité-Gesetzes prüfen,
- für die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen unter Berücksichtigung des Lebensverlaufs und die Erhöhung der Familienfreundlichkeit im Arbeitsleben,
- für das uneingeschränkte Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen, weshalb die Webseite der Gesundheitsverwaltung Frauen darüber informieren wird, welche Ärzt*innen in Berlin rechtskonforme Schwangerschaftsabbrüche vornehmen sowie

- für die gleiche Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, den gleichen Zugang zu Führungspositionen und die gleiche Anerkennung der Lebensleistungen im Alter.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Gleichstellungspolitik weiterhin auf diese Ziele hinzuwirken. Dort, wo das Land Berlin als Arbeitgeber fungiert, sieht das Abgeordnetenhaus den Senat in besonderer Verantwortung.

Berlin, den 27.02.2018

Saleh Çağlar Isenberg
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der SPD

Bluhm U. Wolf I. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Kapek Gebel Kofbinger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen